

## **Änderungsantrag**

**des Abgeordneten Schneider (Berlin) und der Fraktion DIE GRÜNEN**

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1985**

**hier: Einzelplan 27**

**Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen**

**— Drucksachen 10/1800 Anlage, 10/2320, 10/2330 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 27 02 wird der Titel 685 06 – Förderung besonderer kulturpolitischer Maßnahmen gesamtdeutschen Charakters in Berlin – gestrichen.

Bonn, den 26. November 1984

**Schneider (Berlin)**

**Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion**

### **Begründung**

Der RIAS-Berlin ist eine Einrichtung des United-States-Information-Service, eines US-amerikanischen Propaganda-Bundesamtes. Dort liegen Programm- und Sendehoheit. Die Aufsichtsfunktion über den RIAS obliegt einem US-Aufsichtsgremium, dessen Mitglieder durch den United-States-Information-Service berufen werden.

Vorsitzender dieses Gremiums ist ein Beamter des United-States-Information-Service; Verfügungen des Vorsitzenden im Rahmen der Programmaufsicht sind verbindlich. Das US-Aufsichtsgremium beruft einen deutschen Intendanten, der die Anstalt leitet und das Programm verantwortet. Die Rundfunkanstalt erhält Zuwendungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland; allerdings wird der Großteil der Gelder (66,1 Mio. DM in 1985) über den bundesdeutschen Haushalt aufgebracht. Trotz ihrer hohen finanziellen Beteiligung hat die Bundesrepublik Deutschland aber keine Mitspracherechte. Während in anderen öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten ein Rundfunkrat sich für die Interessen der Rundfunkteilnehmer einsetzt und die „Gesamthaltung“ und die Programmgestaltung des Senders überwacht, während andere Rundfunkanstalten zu Ausgewogenheit verpflichtet sind und sich in ihren

Programmgrundsätzen Aussagen finden wie „Die Anstalt darf nicht Werkzeug einer Regierung, einer Gruppe oder einer einzelnen Persönlichkeit sein“, ist dies beim RIAS-Berlin ganz anders.

Der RIAS-Berlin ist Werkzeug einer Regierung, der der Vereinigten Staaten von Amerika.

Dieser Verstoß gegen Grundsätze öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten ist nicht akzeptabel.